

Nationale Volksinitiative

Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen

Es braucht massives Gegensteuer! Zweitwohnungen stehen oft leer, beeinträchtigen schönste Berglandschaften und führen zu einer unkontrollierten Erhöhung der Bodenpreise. Deshalb braucht es griffige Massnahmen, wie sie die «Franz-Weber-Initiative» vorschlägt: Maximal 20 Prozent dürfen es pro Gemeinde sein.

Pro Tag wächst die Siedlungsfläche der Schweiz um die Fläche der Rütliwiese. Ein anderes prägendes Bild: Pro Jahr verschwinden 4'200 Fussballfelder unter Beton; reiht man sie aneinander, steht ein Goal in Luzern und das andere in Paris! Tatsächlich dokumentiert die Raumplanung seit Jahren immer dasselbe: Der Bodenverschleiss ist viel zu gross. Geht es aber um Massnahmen, dominieren Vorbehalte. Im Ergebnis geht der Verschleiss fast unbremst weiter.

Zweitwohnungen nicht nachhaltig

Das Wachstum der Siedlungsflächen ist eines der drei grossen ungelösten Umweltprobleme der Schweiz (neben Verkehr und Ressourcenverbrauch). Der Zweitwohnungsbau leistet dazu einen zu grossen Beitrag. Die Lösung heisst: Bundeskompetenz. Damit lassen sich für die Raumplanung übergeordnete Ziele setzen, anstelle von 2'600 lokalen Einzelinteressen der Gemeinden und ihrer Entscheidungsträger.

Der Zweitwohnungsbau ist bezüglich der Entwicklung nicht nachhaltig. Das hat die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für das Berggebiet schon in den 80er Jahren erkannt und andere Entwicklungswege empfohlen. Trotzdem turnt ihr Anteil in Kantonen wie GR oder VS zwischen einem Drittel und einem Viertel. Zunehmend werden Zweitwohnungen aber auch in Städten zum Problem, weil sie als Kapitalanlagen die Nutzung des Raums zum Wohnen verhindern.

Schlechte Wertschöpfung

Eine ETH-Studie für die Region Davos zeigt: Die Flächeneffizienz von Zweitwohnungen ist miserabel! Hotels bringen der lokalen Wirtschaft über das Jahr betrachtet 4 Franken pro m², Gruppenunterkünfte etwa 3 Franken. Bei Ferienwohnungen liegt der Wert bei einem halben (!) Franken pro m². Der Nutzen für die lokale Wirtschaft ist also etwa zehnmal kleiner.

Konstruktive Grüne

Bundesrat und Parlamentsmehrheit lehnen die Initiative ab (123:61/29:10). Sie verweisen auf die Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG). Die Beratungen im Nationalrat dazu sind aber wenig verheissungsvoll: Jene «Zähne» im Gesetz, welche

die Vernehmlassung überlebten, wurden im NR in den Beratungen praktisch allesamt gezogen. Der politische Wille, jetzt die Probleme wirksam anzugehen, fehlt weitgehend.

Die Grünen beantragten dem Parlament einen Gegenvorschlag, der auf die Stabilisierung des Anteils an Zweitwohnungen abzielte: Das Maximum eines Anteils von 20 Prozent wurde übernommen, Gemeinden mit einem höheren Zweitwohnungsanteil hätten diesen dann aber zumindest stabil halten müssen. Der Vermittlungsantrag unterlag mit 118:45. Das zeigt: Die Mehrheit will das RPG gar nicht ernsthaft und sachgerecht revidieren. Das Geschäft ist jetzt in der Differenzbereinigung.

Fazit

Klar, die Initiative ist radikal und die Umsetzung bietet Knacknüsse. Doch ohne aufmüpfige Vorschläge geht nichts. Die Volksabstimmung ist wichtig für die Landschaftsinitiative, die später zur Abstimmung kommt, wenn die RPG-Revision faktisch scheitert. Ein gutes Resultat im März verbessert die Aussichten für die Landschaft.



Louis Schelbert
Nationalrat
Luzern

Nationale Volksinitiative: «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!»

Parole:

JA



Oeko Hotel Gruebismalm/Rigi

Autofrei, kinder und familien
freundlich, für Ferien, Feste
und Klein Seminare.

Familie Schaub, 6354 Vitznau
Telefon: 041 397 16 81, www.gruebismalm.ch
E Mail: oeko_hotel_gruebismalm_rigi@bluewin.ch